Tillich will eine dezentrale Flüchtlingsverteilung

6. April 2018

Dresden (KNA) Sachsens früherer Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat sich für eine dezentrale Verteilung von Flüchtlingen ausgesprochen.

Sie müssten auch in Dörfern untergebracht werden, sagte er am Mittwochabend auf einer Podiumsdiskussion in Dresden. „Nur so können sie das Leben hier kennenlernen und bereichern.“ Tillich bedauerte, dass Flüchtlinge vor allem in Ballungsgebiete zögen, wo bereits Menschen aus ihren Herkunftsländern lebten.

Der CDU-Politiker forderte mehr Ehrlichkeit in der Flüchtlingsfrage. Dazu gehöre, die Nationalität von Tätern in der Polizeistatistik anzugeben. „Gute und weniger gute Menschen gibt es in allen Nationalitäten.“ Sachsen habe jedoch besonders viele Flüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen müssen, unter ihnen seien rund 800 mehrfach straffällig gewordene junge Männer gewesen. „Das wird zu einem Problem in Landstrichen, die Zuwanderer zuvor nicht kannten“, betonte der Ex-Ministerpräsident. Die meisten Flüchtlinge bemühten sich um eine Integration.

Tillich empfahl, auf Ausländer zuzugehen und sie nach den Gründen zu fragen, warum sie nach Deutschland gekommen seien. Er sagte, dass viele Flüchtlinge erwarteten, schnell Arbeit zu finden, um selbst für ihre Familien zu sorgen. Nun seien sie mit den hohen Ansprüchen des Aufnahmelandes konfrontiert. „Zwei Jahre müssen sie die Sprache lernen und dann noch drei Jahre Berufsausbildung absolvieren, ehe sie arbeiten können. Wenn sie das nicht durchhalten, ist die Enttäuschung auf beiden Seiten groß.“

Der ehemalige Landeschef mahnte, dass auch von Muslimen Respekt für die Religionsfreiheit konsequent eingefordert werden müsse. Im Geltungsbereich des Grundgesetzes dürften Gerichte nicht nach dem islamischen Scharia-Recht urteilen. Tillich betonte, die Menschen in Sachsen hätten nicht Angst vor Fremden, sondern seien über die Folgen der Globalisierung verunsichert. Konflikte, die zuvor weit weg schienen, seien nun in Deutschland angekommen.

Tillich sprach im Rahmen eines Kongress des katholischen Verbandes „Neudeutschland“ (ND). Es war einer seiner ersten öffentlichen Auftritte nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident im vergangenen Dezember. Der ND wurde als katholischer Schülerverband 1919 unter dem Namen „Bund Neudeutschland“ gegründet. Heute versteht er sich als „ökumenischer Bund aufgeschlossener Menschen in der katholischen Kirche“ und hat nach eigenen Angaben gut 4.000 Mitglieder.

(KNA – skokp-89-00022)

Stand: 25. November 2026